



Grünes Bündnis
www.gbben.ch

Grün

Nr.2 | Januar 2011



Familie schützen.

Ja zu einer grünen
Wirtschaft!
Franziska Teuscher,
Nationalrätin Grünes
Bündnis/Vizepräsidentin
Grünes Schweiz



stand

Stéphanie Penher:

- Mühleberg 2 – mein dank!

Aline Trede:

- Ja zur «Ecotax»

mittel

Décroissance:

Weniger ist mehr

aktions

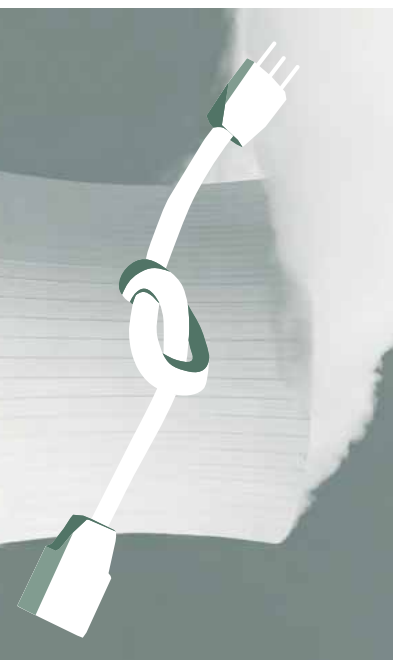
Donnerstag, 3. Februar:
Gipfeltreffen zur Atom-
debatte

Ein neues AKW in Mühleberg – sicher nicht!

Am 13. Februar 2011 wird im Kanton Bern darüber abgestimmt, ob neben dem bestehenden Atomkraftwerk in Mühleberg ein fast viermal leistungsfähigeres AKW gebaut werden soll. Die Stadt Bern hat sich Ende November mit 61% Ja-Stimmen für den Ausstieg aus der Atomenergie ausgesprochen. Die Kantonschapsstadt will den Atomausstieg!

Die BKW will 14 Kilometer von Bern entfernt das bald 40-jährige AKW Mühleberg durch ein neues ersetzen. Bereits im Jahr 2000 hatte die Städtberner Bevölkerung mit 51% knapp Ja zu einer Stilllegung des AKW Mühleberg gesagt. Nun wurde der definitive Ausstieg aus der Atomenergie von allen Stadtteilen mit insgesamt 61% der Stimmen angenommen. Die Aussage ist klar: Mühleberg 2 – nein danke!

Die Entsorgung radioaktiver Abfälle ist bis heute ein weltweit ungelöstes Problem. Radioaktive Strahlung...



Bei der Abstimmung im Februar handelt es sich um eine konsultative Abstimmung. Ein Ja zum Mühleberg-Ersatz bedeutet noch nicht zwingend einen AKW-Neubau. Bei einem Nein dagegen stünden die Chancen, dass der Kanton Bern vom Bund den Zuschlag für Mühleberg 2 erhält, eher schlecht. Zwischen 2012 und 2013 befindet das eidgenössische Parlament, ob und wo neue AKW gebaut werden. Der definitive Entscheid wird allerdings in einer Volksabstimmung fallen, weil die Grünen nötigenfalls das Referendum ergreifen werden.

Stéphanie Penier, GB-Stratègin, Co-Präsidentin der GB/AL-Fraktion

aktions

● **Sa, 15. Januar, Bern**
Sich gegen ein neues AKW engagieren – mitmachen am Aktionstag! Freiwillige melden sich bitte unter: info@gbbern.ch

Abstimmungen und Wahlen vom 13. Februar

Abstimmungen

- Ja zur Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt»
- Nein zum Ersatz des Atomkraftwerks Mühleberg
- Ja zur «Ecotax» (ökologische Motorfahrzeugsteuer), Nein zum Volksvorschlag «Steuerliche Entlastung der Strassenfahrzeuge im Kanton Bern»

Ständeratswahl

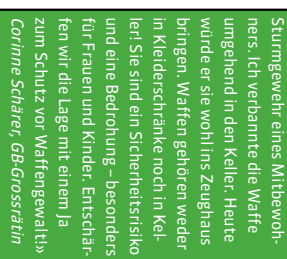
- Die Grünen unterstützen die Kandidatur von Ursula Wyss (SP) für den freigewordenen Sitz von Simonetta Sommaruga. Im mehrheitlich bürgerlichen Kanton Bern wird sie für den Einzug in den Ständerat alle Stimmen des teilsüdligen Lagers und im zweiten Wahlgang einen Teil der freisinnigen Stimmen benötigen, um Adrian Amstutz (SVP) schlagen zu können. Helft mit!

Militärwaffen gehören ins Zeughaus!

Mit einem Ja zur Initiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» erreichen wir, dass die Militärwaffe endlich aus der Wohnung ins Zeughaus verschwindet. Damit wird die Sicherheit – insbesondere von Frauen – erhöht. Suizide können verhindert und die Prävention von Verbrechen verbessert werden.



«Als Studentin entdeckte ich in einem Schrank in der WG das Sturmgewehr eines Mitbewohners. Ich verbannte die Waffe umgehend in den Keller. Heute würde er sie wohl ins Zeughaus bringen. Waffen gehören weder in Kleiderschränke noch in Keller! Sie sind ein Sicherheitsrisiko und eine Bedrohung – besonders für Frauen und Kinder. Entschärfen wir die Lage mit einem Ja zum Schutz vor Waffengewalt!»



Corinne Schärer, GB-Grossrätin

«Die «Ecotax» ist nicht perfekt, aber ein Schritt in die richtige Richtung. Die «ecotax» fördert Fahrten mit geringerer Umweltbelastung, reduziert die CO₂-Emissionen und senkt die Autos. Der Volksvorschlag der Autolobby liefert dagegen keinen Anreiz zur Energieeffizienz, sondern fördert Dreckschleudern und reißt ein Loch in die Kantonskassse.»



Aline Trede, GB-Stratègin

tion der Verfügbarkeit von Feuerwaffen die Gesamtsuzidrate gesenkt werden kann.»

Mit einem Ja zur Initiative können wir der gefährlichen Folklore ein Ende bereiten. Schusswaffen sind zum Töten gemacht. Deshalb gehören sie in abgeschlossene Zeughäuser. In Haushalten, in denen Menschen miteinander leben, leiden und mitunter Konflikte bewältigen müssen, haben sie nichts zu suchen.

Corinne Schärer, GB-Grossrätin

aktions

● **Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht!**

Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee sammelt Unterschriften für die GS01-Initiative. Wer hilft mit? Freiwillige melden sich bitte unter: bern@gsoa.ch



Dreckschleudern besteuern

Am 13. Februar 2011 kann die Stimmbewölkerung des Kantons Bern die Motorfahrzeugsteuer ökologischer gestalten. Die Grünen engagieren sich für ein Ja zur Ökologisierung der Steuer («Ecotax») und für ein Nein zum Volksvorschlag der Autolobby. Die «Ecotax» setzt wirksame Anreize für mehr Energieeffizienz im motorisierten Individualverkehr.

wagen einer Energieeffizienz-kategorie zuteilt. Dank der «Ecotax» können die CO₂-Emissionen der Neuzulassungen allein im Kanton Bern jährlich um 20'000 Tonnen gesenkt werden.

2009 schuf der Grosse Rat mit der Änderung des Gesetzes über die Besteuerung der Fahrzeuge die Voraussetzungen für dessen ökologischere Ausgestaltung. Bemessungsgrundlage des Grundsteuersatzes bleibt das Gewicht der Autos. Mit der «Ecotax» werden neu besonders verbrauchs- und energieeffiziente Neuwagen während drei bis vier Jahren steuerlich begünstigt (Bonus), ineffiziente mit einem unattraktiveren Malus belastet. Das Besteuerungsmodell orientiert sich an der eidgenössischen Energie-Etikette, die jeden Neu-

Der vom Grosse Rat beschlossenen «Ecotax» steht ein Volksvorschlag des Autowebes gegenüber, der einen schwächeren Bonus für sparsamere Fahrzeuge und keinen Malus für verbrauchsintensive Autos verlangt. Dessen Anliegen ist nicht der Umweltschutz, sondern eine markante Senkung der Motorfahrzeugsteuer. Für den Kanton Bern hätte das Mindereise von jährlich 120 Millionen Franken zur Folge.

Dies kann er ohne Ökologie- und Sozialabbau nicht verkraften. Mit der Senkung der gewichtsabhängigen Grundsteuer und ohne Malus für Dreckschleudern würden beispielsweise schwere Offroaders im Kanton Bern viel tiefer besteuert als in anderen Kantonen!

Aline Trede, GB-Stratègin

Weniger shoppen, mehr Klavier spielen?

Books

- **Nicholas Georgescu-Roegen** ist einer der Pioniere der ökologischen Ökonomie, welche die ökologischen Grenzen des Wirtschaftens ins Zentrum ihrer Forschung stellt. Eine seiner Publikationen ist Namensgeberin für die Décroissance-Bewegung: «La décroissance. Entropie-Écologie-Économie» (1979).
- Dass die Frage vom Ende des Wachstums Ökonomie bereits vor 200 Jahren beschäftigt hat, zeigt **Fred Luks** in seinem Buch «Die Zukunft des Wachstums» (2001) und entwirft darauf aufbauend Zukunftsperspektiven für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung.
- In der Schweiz ist vor allem der emeritierte Professor **Hans Christoph Binswanger** durch seine Forschung zum Wachstumszwang der gegenwärtigen Wirtschaft bekannt: «Vorwärts zur Mässigung – Perspektiven einer nachhaltigen Wirtschaft» (2009).
- **Irmli Seidl, Angelika Zahnt** (Hrsg.): «Postwachstumsgesellschaft – Neue Konzepte für die Zukunft» (2010).
- **Urs P. Gasche, Hanspeter Guggenbühl**: «Schluss mit dem Wachstumswahnsinn – Plädoyer für eine Umkehr» (2010).
- Ernährungss-, Klima-, Wasser- und Energiekrise: Wir brauchen nachhaltige Lösungen. Die entwicklungspolitische Organisation **Erklärung von Bern (EVB)** untersucht, was an globalen Rettungsplan «Green New Deal» dran ist: «Undenken oder New Deal aus der Krise?»

Das Problem eines wachsenden Sozialprodukts liegt darin, dass es mit einem wachsenden Ressourcenverbrauch einhergeht. Da viele Ressourcen endlich sind oder sich nur innerhalb einer gewissen Zeit regenerieren können, ist ein stetiger Anstieg des Ressourcenverbrauchs nicht möglich. Es stellt sich also die Frage, ob es nicht notwendig ist, die wirtschaftliche Leistung zu senken und einen Schrumpfungsprozess (frz.: «décroissance») einzuleiten. Die aktuelle Krise macht allerdings in vielen Ländern die Probleme einer schrumpfenden Wirtschaft sichtbar: Die Arbeitslosigkeit steigt und die Verteilungskämpfe zwischen den verschiedenen Anspruchsgruppen werden härter. Es gilt deshalb, Lösungen zu entwickeln, welche die ökonomische, die soziale und die ökologische Dimension nicht gegeneinander ausspielen.

Was wächst?

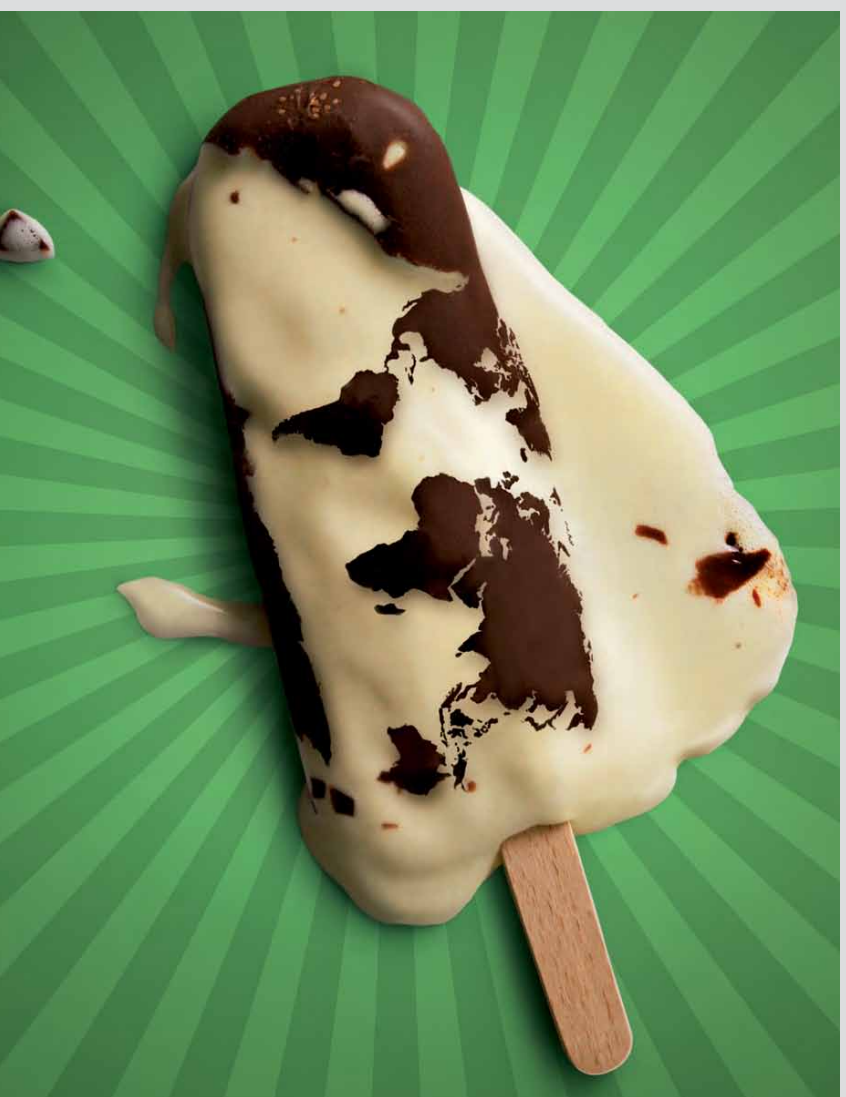
Die wirtschaftliche Leistung, also alle Güter und Dienstleistungen, die ein Land in einem Jahr produziert, werden mit Hilfe des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gemessen. Steigt die Produktion von Gütern und Dienstleistungen von einem zum nächsten Jahr, so wächst die Wirtschaft. Das BIP wird deshalb nicht selten auch als Wohlstandsindikator betrachtet. Besitzt eine Gesellschaft mehr Güter und Dienstleistungen als im Jahr zuvor oder als ein anderes Land, so sollte sie auch reicher sein. Es ist heute jedoch unbestritten, dass das BIP nur ein unvollständiger Wohlstandsindikator ist. Neuere Untersuchungen zeigen beispielsweise, dass in Ländern, die eine bestimmte Höhe des BIP überschritten haben, das Glücksempfinden der Bevölkerung stagniert. Entkoppelt sich also die Lebensqualität ab einer gewissen Höhe des BIP von diesem? Möglichweise, doch wie glücklich sind Menschen, die aufgrund einer schrumpfenden Wirtschaft arbeitslos werden, deren Rentenertrag sinkt, deren Pensionen sinken und deren Gesundheitsversorgung nicht mehr besser wird?

Was soll wachsen?

Es ist deshalb sinnvoll, zwischen dem Wachstum des

aktionen

- **soliterra – Regionale Vertragslandwirtschaft Bern** Wöchentlich einen Produktkorb von Biobetrieben aus der Umgebung empfangen. Informationen unter: www.soliterra.ch



Unsere Ressourcen sind endlich – ein stetiger Anstieg des Ressourcenverbrauchs ist nicht möglich.

Ressourcenverbrauchs, dem Wachstum des BIP und dem Wachstum der Lebensqualität zu unterscheiden. Heute sind diese drei Wachstumsformen oftmals miteinander verbunden. Wächst das BIP, so steigt beispielsweise auch der CO₂-Ausstoss. Gleichzeitig er-möglicht aber das Wachstum des BIP eine Steigerung der Beschäftigung und dadurch eine Senkung der Arbeitslosigkeit.

Um das Ziel der Nachhaltigkeit zu erreichen, müssen wir also versuchen, diese drei Wachstumsformen voneinander zu trennen: Der Ressourcenverbrauch muss sinken und die Lebensqualität steigen. Die Entwicklung des BIP spielt unter diesen Umständen keine Rolle mehr.

Qualitatives Wachstum oder Suffizienz? Grundsätzlich sind für die Lösung des Problems zwei Möglichkeiten denkbar:

Qualitatives Wachstum: Das BIP steigt weiterhin, aber die Effizienz des Ressourcenverbrauchs steigt in einem stärkeren Ausmass. Das heisst, es werden zwar immer mehr Güter und Dienstleistungen produziert, dafür aber immer weniger Materialien, Flächen und Energie verbraucht. Problem gelöst? Leider nein. Dies lässt sich an einem Beispiel zeigen: Zur Produktion eines Computers wird immer weniger Material verbraucht. Wenn jedoch gleichzeitig immer mehr Menschen einen Computer besitzen, ist der Gesamteffekt unter Umständen negativ (Rebound-Effekt).

aktionen

- **Mi, 26. Januar, 19.30 Uhr, Polit-Forum Käfigturm, Bern** Zu Tode wachsen? Nein danke! Vollversammlung der Gruppe Décroissance. Informationen unter: www.decroissance-bern.ch

Suffizienz: Das BIP sinkt und mit ihm der Ressourcenverbrauch. Das heisst, es werden weniger Güter und Dienstleistungen produziert und konsumiert. Dadurch sinkt der Material-, Flächen- und Energieverbrauch. Es sinkt aber auch die Menge an bezahlter Arbeit. Auch ist es nicht mehr einfach möglich, die Renten zu sichern, ohne intensivere Verteilungskämpfe zu führen. Und wie sollen die steigenden Krankenkassenprämien bezahlt werden, wenn das Einkommen sinkt?

Qualitatives Wachstum fördern, Genußgier anstreben

Auf diese schwierigen Fragen einfache Antworten zu geben ist kaum möglich. Trotzdem sollen nachfolgend drei konkrete Vorschläge für eine nachhaltigere Wirtschaft gemacht werden.

Entwicklung statt Wachstum: Gleichzeitig zum BIP müssen Indikatoren zur ökologischen und sozialen Entwicklung veröffentlicht werden, welche die Grundlage wirtschaftspolitischer Entscheidungen bilden. So wird nicht nur das Wirtschaftswachstum sondern auch die allgemeine Zufriedenheit erfasst.

Energie statt Arbeit Besteuern: Es braucht eine ökologische Steuerreform. Nicht Arbeit, sondern Energie soll besteuert werden. Dadurch werden die Anreize erhöht, zukunfts-fähige Technologien zu fördern und einzusetzen. Zusätzliche Steuererinnahmen sollen zur Förderung des ökologischen Umbaus eingesetzt werden.

Genußgier: Letztlich können Arbeitsetzver-kürzungen und, damit verbunden, tiefere Einkommen zu einem Rückgang des Konsums und damit des Ressourcenverbrauchs führen. Aber auch dann ist eine nachhaltige Wirtschaftsform nur möglich, wenn damit gleichzeitig eine Veränderung des Lebensstils einhergeht: Weniger, dafür dauerhafte Güter. Weniger Ferienzeiten, dafür ein paar Wochen mehr Ferien. Weniger shoppen, mehr Klavier spielen. Eigenlich eine attraktive Idee, oder?

Thomas Bauer, Mitglied der Grünen AG Wirtschaft

Ein Präsidentschaftsjahr mit viel Arbeit – aber auch Spass

GB-Stratrat Urs Frieden zieht im Rückblick auf sein Präsidentschaftsjahr ein insgesamt positives Fazit.

Das Abenteuer als erster männlicher Stadttratspräsident des Grünen Bündnis hat sich gelohnt – nicht nur für mich, sondern auch für die Partei, die von der erhöhten Medienpräsenz und den vorbereiteten Botschaften ebenfalls profitiert. Es waren intensive Monate mit viel Arbeit – aber der Spass war meist grösser als die Anger-nisse.



Pöbelien. Ich habe versucht, diesbezüglich etwas Struktur, aber auch Schwingung hineinzubringen. Das ist mir zusammen mit einzelnen Stadträtin und Stadträtinnen teilweise gelungen, zum Beispiel bei der Budgetdebatte. Aber gewisse Medien pflegten das negative Bild munter weiter, obwohl es uns immer mehr gelingt, konstruktiv zu diskutieren und den Pendenzberg abzutragen.

Themensetzung bei Reden und Anlässen: Besonders wichtig war mir, den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen eine Stimme zu geben. Hier hatten einzelne GB-Leute und die lokalen Medien gut mit, das Thema immer wieder in den Fokus zu rücken. Die Mitwirkung der jungen Generation wurde sicher von vielen Interessierten als roter Faden meines Präsidentschaftsjahres wahrgenommen, besonders wegen meiner 1. August-Rede mit dem Auftritt von Rapper Greis oder auch der gemeinsamen Sessions von Kinderparlament, Jugendrat und Stadtrat.

Repräsentationspflichten: Ich habe möglichst viele Termine wahrgenommen, auch an ungewöhnlichen Orten, zum Beispiel bei der IG Belpmoos oder in einer Ritter-Loge. Es ging mir dabei nicht darum, mich beim politischen Gegner einzuschmeicheln, sondern vielmehr die eigene Haltung und Gesprächsbereitschaft zu zeigen. Selbstverständlich bin ich auch gerne im eigenen Umfeld oder in der Kulturszene aufgetreten. An einem Waiser-Abend im ONO vorzulesen oder auf dem Bundesplatz mit Obdachlosen zu kicken – das passiert einem Lokalpolitiker vermutlich nur im Präsidentschaftsjahr.

Ich ziehe meine Bilanz in den drei Bereichen, die ein Präsidentschaftsjahr prägen.
Sitzungsleitung im Stadtrat: Das Image des Stadtrats ist seit Jahren schlecht; Ineffizienz, tiefes Niveau,

Urs Frieden, GB-Stratrat

Vorstösse | Erfolge

Stadt Bern

- Lehrstellen für Sans-Papiers: Tausende von Kindern in der Schweiz haben keinen geregelten Aufenthaltsstatus. Doch das Recht auf Bildung gilt für alle. Die Stadträtinnen Cristina Anliker-Mansour (GB) und Lea Bill (QA) setzen sich deshalb dafür ein, dass Kinder von Sans-Papiers auch nach der Schule weitere Ausbildungsmöglichkeiten erhalten. Sie fordern den Berner Gemeinderat auf, städtische Lösungen für den Zugang von Sans-Papiers zu Lehrstellen zu prüfen, die Angebote des Kompetenzzentrums Arbeit für Sans-Papiers zugänglich zu machen und sich beim Kanton für dieses Anliegen einzusetzen.

Kanton

- Dank der Revision des Volksschulgesetzes werden im Kanton Bern in allen Gemeinden bedarfsgerecht Tagesschulen geschaffen. Für die Kinderbetreuung der Vorschulkinder ist die Nachtrage in den Gemeinden aber wesentlich grösser als das Angebot. Da nicht genügend Finanzmittel zur Verfügung standen, konnten im Jahr 2010 nur 113 neue Plätze bewilligt werden. Gesuche für weitere 350 Plätze wurden abgewiesen. Daher fordert nun die Grüne Grossrätin Corinne Schärer mit einer überparteilichen Motion einen bedarfsgerechten Ausbau.

Für ein ökologisch anspruchsvolles Wachstum

Die Grünen Schweiz planen die Landierung einer Initiative für eine «güne Wirtschaft». Warum?

Ein ökologischer Umbau der Wirtschaft ist die politische Antwort auf die neoliberale Politik von Privatisierung, Deregulierung und dem Kaputtsparen des Staates. Diese Politik hat die Weltwirtschaft und viele Staaten an den Rand des Kollapses gebracht. Sie hat uns eine Finanz-, Wirtschafts-, Klima- und Ressourcenkrise eingebracht. Grünes Wirtschaften hat Zukunft, denn mit Investitionen in eine ökologische Wirtschaft



Grünes Wirtschaften hat Zukunft! Franziska Teucher, GB-Nationalrätin/Vizepräsidentin Grüne Schweiz

schaffen wir auch Arbeitsplätze. Wir wollen die nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft in der Bundesverfassung verankern: Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch sollen entkoppelt werden.

Ist eine solche Entkoppelung nicht ein falsches Versprechen?

- Wir haben keine andere Wahl: Wir müssen die kapitalistische Logik eines ständigen Wachstums durchbrechen. Ein unendliches Wachstum ist nicht möglich, unsere Ressourcen sind beschränkt. Der Klimawandel ist eine Folge dieser Überbeanspruchung von Ressourcen und Umwelt.

Warum also nicht im Sinne der Décroissance-Bewegung auf jegliches Wachstum verzichten – also auch auf ein grünes Wachstum?

- Dafür müssten wir die Eckwerte der Wirtschaft so verändern, dass kein Wachstumszwang entsteht und auf technisch-zivilisatorischen Fortschritt verzichten, weil dieser mit dem Wirtschaftswachstum sehr eng

verbunden ist. Ich glaube nicht, dass die Mehrheit der Bevölkerung dazu bereit ist. Décroissance ist eine Zukunftsvision. Realpolitisch müssen wir uns darauf konzentrieren, ein ökologisch anspruchsvolles und ressourceneffizientes Wachstum zu erreichen. Unsere Initiative schafft die Voraussetzung dafür.

Und wie sollen die Ziele der Initiative verwirklicht werden?

- Indem wir Forschung und Innovation sowie Synergien zwischen wirtschaftlichen Aktivitäten fördern. Wir brauchen neue Vorschritte für Prozesse, Produkte, Abfälle und das öffentliche Beschaffungswesen. Die effizientesten Geräte und Abläufe müssen als Standard gelten («Top Runner-Prinzip»). Bei der Sanierung von Häusern müssen die «best Practices» im Umwelt- und Energiebereich Anwendung finden. Das bringt übrigens auch dem Portemonnaie der Bewohnerinnen etwas. Gleichzeitig braucht es steuerliche und finanzielle Massnahmen und eine Lenkungsabgabe auf natürliche Ressourcen.

Wo stehen wir mit der Initiative im Jahre 2050?

- Der «ökologische Fussabdruck» erfasst, wie stark und wo der Mensch die Umwelt belastet. Bis ins Jahr 2050 soll der ökologische Fussabdruck der Schweiz hochgerechnet auf eine Erde reduziert werden, das heisst, wir verbrauchen dann nicht mehr Ressourcen als auch nachwachsen können. Hierfür dürfen wir es nicht wie bis anhin bei lauwarmen Versprechen belassen. Schon allein wegen des zu erwartenden globalen Bevölkerungswachstums können die Industriestaaten nicht mehr so verschwenderisch leben wie bisher.

Inwiefern kombiniert die Grüne Initiative die ökologische mit der sozialen Frage?

- Gute Arbeitsbedingungen und Solidarität mit den armen Ländern gehören zur nachhaltigen Wirtschaft, die wir anstreben. Die Initiative schafft mehr Ressourcengerechtigkeit, indem wir nachhaltiger produzieren und so weniger verbrauchen. Das heutige Wirtschaftssystem, welches nur Gewinnmaximierung zum Ziel hat, schafft Ungleichheiten, Armut und Konflikte. Es ist für unser aller Überleben wichtig, dass wir die Art des Wirtschaftens grundsätzlich ändern. Die Initiative will einen grundlegenden Kurswechsel und ermöglicht einen Umbau sämtlicher Bereiche der Wirtschaft.

Interview: Sabine Baumgartner, GB-Parteisekretärin

Veranstaltungen

- Sa. 22. Januar, Lokale in und um die Lorraine Tour de Lorraine 2011: Gemeingüter befreien
 Im Zuge des neoliberalen Privatisierungswahns wurde der Zugang zu Gemeingütern eingeschränkt: Öffentlicher Raum darf nur noch als Durchgangsweg verwendet werden, Saatgut wird patentiert und Trinkwasser gewinnbringend verkauft. Doch wem gehören die Erde, Rohstoffe, Wasser und Wissen? Weitere Informationen: www.tourdelaorraine.ch

- Mo, 14. Februar, 18.00 Uhr, vpod, Monbijoustrasse 61, Bern (2. Stock)
 Achtung, Fertig, Frauen los!

- 2011 ist ein Jubiläumsjahr: 40 Jahre Frauenstimmrecht, 30 Jahre Verfassungartikel, 20 Jahre Frauenstreik, 15 Jahre Gleichstellungsgesetz, Anlass zum Feiern – und Einstehen für unsere Forderung nach tatsächlicher Gleichstellung, Anmeldung und weitere Informationen zu den Vorbereitungssitzungen für den Aktions- und Streiktag am 14. Juni 2011: ben@marchemondiale.ch

- So, 3. April, Skitour (für AnfängerInnen)
 Stopp Heiliskling Demo: Aktion für mehr Ruhe und Stille in den Bergen
 Heiliskling ist umweltschädigend und stört das Wild. Heiliskling setzt in Zeiten des Klimawandels auf die falsche Karte: Das GB protestiert zusammen mit Mountain Wilderness gegen diese rücksichtslose Freizeitbeschäftigung, die in einem Weltatemberkeinen Platz hat – mach mit an der Skitourdemo!
 Anmeldung und weitere Informationen: www.gbbern.ch

Arbeitsgruppen

Sekretariat
 Grünes Bündnis, Neudrückstrasse 17, 3012 Bern,
 Postfach 6411, 3001 Bern, Tel. 031 301 82 09,
info@gbbern.ch, www.gbbern.ch
 Gruppe Grünes Bündnis Stadt Bern auf Facebook:
www.facebook.com

- Frauenpolitik
 Kontakt: angelis-mattli@gmx.ch

- Ökologie
 Kontakt: fragroba@gmx.ch

- Internationales und Migration
 Kontakt: aancair@bluewin.ch

- Wirtschaft
 Kontakt: tomba@students.unibe.ch

- Bildung
 Kontakt: corschaeuer@bluewin.ch

- Leitender Ausschuss
 Kontakt: info@gbbern.ch

Interna

- Vom Sa. 22. bis zum So. 23. Januar findet die GB-Retrate im Lötschental (VS) statt. Anmeldung und weitere Informationen: www.gbbern.ch
- Die nächste GB-Mitgliederversammlung findet am Mi, 2. März statt. Weitere Informationen: www.gbbern.ch

Impressum:

Die Zeitschrift grün für Mitglieder und Sympathisanten des Grünen Bündnis Stadt Bern erscheint vierteljährlich.
 Abo-Preis: 20 Franken

Redaktion:

Sabine Baumgartner, Luise Baumgartner, Natalie Imboden, Johannes Kunzler, Nico Lutz, Hans Miklaus, Stephanie Penber, Fotos: Monika Flückiger
 Gestaltung: transform.ch
 Druck: Bubenberg Druck- und Verlags-AG, Bern
 Redaktionsschluss grün Nr. 3: 13. März 2011.

schluss



Blaise Kropf, GB-Grossrat

Velorowdys

Die Stadt Bern ist um ein gewichtiges Problem reicher: die Velorowdys. Diesen Eindruck erweckt jedenfalls die Berichterstattung in einer grossen Berner Zeitung. Man hätte sich vor Augen: Die Gesamtmobilität nimmt – auch in der Region Bern – in besorgniserregendem Mass zu. Beim motorisierten Individualverkehr rechnet man in Bern bis 2030 mit einer Zunahme um 25%. Beim öffentlichen Verkehr geht man für den gleichen Zeitraum gar von einem Wachstum von 60% aus.

Es ist klar: Nur wenn es gelingt, einen möglichst grossen Teil der zusätzlichen Pendel- und Freizeitverkehrskilometer auf den Fuss- und Veloverkehr

unzulagern, ist eine halbwegs gesellschafts- und stadtverträgliche Befriedigung dieses Mobilitätsbedürfnisses möglich. Statt einer kritischen Analyse dieser für unser Alltagsleben zentralen Entwicklung machen manche Medien aber lieber auf Velo-Bashing.
 Empörungsbewirtschaftung statt Reflexion – ob das unsere Stadt weiterbringt?



Grünes Bündnis
www.gbbern.ch